



Plenarprotokoll

4. Sitzung

Donnerstag, 12. Januar 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkwort		Antje Kapek (GRÜNE)	138
zum Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz	106	Ergebnis	143
Nachruf		2 Fragestunde	143
Berliner Ehrenbürger und Bundespräsident a. D. Roman Herzog	106	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	107	Umzug aus Turnhallen	143
Vom Senat ernannte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Ulker Radziwill (SPD)	143
Dank an die entpflichteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	107	Senatorin Elke Breitenbach	143
1 A a) Erklärung des Regierenden Bürgermeisters zum Thema „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.“	108	Ulker Radziwill (SPD)	144
b) Billigung der Richtlinien der Regierungspolitik	108	Senatorin Elke Breitenbach	144
Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0073		Staatssekretär Holm	144
Regierender Bürgermeister		Sven Rissmann (CDU)	144
Michael Müller	108	Senatorin Katrin Lompscher	144
Florian Graf (CDU)	114	Sven Rissmann (CDU)	144
Raed Saleh (SPD)	120	Regierender Bürgermeister	
Georg Pazderski (AfD)	123	Michael Müller	145
Carola Bluhm (LINKE)	128	Heiko Melzer (CDU)	145
Peter Trapp (CDU)	133	Regierender Bürgermeister	
Carola Bluhm (LINKE)	133	Michael Müller	145
Sebastian Czaja (FDP)	133	Neue Plätze für die Kältehilfe	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	145
		Senatorin Elke Breitenbach	145
		Stefanie Fuchs (LINKE)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Lars Düsterhöft (SPD)	146
		Senatorin Elke Breitenbach	146
		Radikalisierung von Strafgefangenen	146
		Canan Bayram (GRÜNE)	146
		Senator Dr. Dirk Behrendt	146
		Daniel Buchholz (SPD)	147
		Senator Dr. Dirk Behrendt	147

(Senatorin Elke Breitenbach)

terbringungsmöglichkeiten für die Geflüchteten, und dieses Elend wollten wir beenden. Deshalb haben wir beschlossen, dass wir die Turnhallen auf Grundlage des ASOG räumen, und das haben wir eine Woche vor Weihnachten gemacht. Es wurden zehn Turnhallen freigezogen, und damit konnten um die 850 Menschen in neu gebauten Tempohomes z. B. in der Wollenbergstraße, in einer leer stehenden Unterkunft in der Heerstraße und teilweise auch in einem Tempohome in der Siverstorpsstraße untergebracht werden.

Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Organisation dieser Umzüge, dieser Freizüge ausgesprochen schnell erfolgen musste, und es war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Senatsverwaltung sowie des BIM und auch des LAF eine große Herausforderung und ein echter Kraftakt. An dieser Stelle möchte ich dafür auch einmal Dankeschön sagen, dass Sie das so schnell organisiert haben. Ich bin sehr froh, dass dieser Senat endlich in so kurzer Zeit dann auch den Anfang machen konnte und damit gezeigt hat: Wir stehen für eine andere Flüchtlingspolitik. Wir stehen für eine Willkommenskultur, und wir nehmen Integration ernst.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Frau Radziwill! Sie haben die Möglichkeit einer Nachfrage.

Ulker Radziwill (SPD):

Vielen Dank! – Ich würde gerne wissen, wie viele Turnhallen noch als Notunterkünfte genutzt werden und wie der Zeitplan für den weiteren Auszug vorgesehen ist.

Senatorin Elke Breitenbach (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Wir haben jetzt noch 16 Turnhallenstandorte, die noch mit geflüchteten Menschen belegt sind. Dort müssen derzeit noch rund 1 400 Menschen leben. Wenn jemand von mir Termine wissen will, ist das immer eine schwierige Sache. Der Turnhallenfreizug erfolgt jetzt so, dass wir sukzessive Turnhallen freiziehen. Das heißt, die Unterkünfte, die zur Verfügung stehen, müssen tatsächlich fertiggestellt sein. Sie müssen übergeben werden. Sie müssen abgenommen werden, und sie müssen noch eingerichtet werden. Dann sind sie bezugsfertig, und dann können wir jeweils die Turnhallen freiziehen. Bei den einzelnen Unterkünften steht noch nicht fest, dass es da keine Probleme gibt, aber wir gehen fest davon aus, dass wir im ersten Quartal alle Unterkünfte freigezogen haben werden. Wir werden Ende des Monats weitere Freizüge durchführen.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Jetzt kommen wir zur Fragemöglichkeit für die Fraktion der CDU. – Bitte schön, Herr Rissmann, Sie haben das Wort!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Wie stellt der Senat, insbesondere der die Fach- und Rechtsaufsicht ausübende Senator, sicher, dass im Fall des Staatssekretärs Holm keine Ungleichbehandlung gegenüber den Personen erfolgt, die infolge von falschen, fehlenden oder unvollständigen Angaben bei der Anstellung in den Dienst des Landes Berlin entlassen worden sind?

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Wer antwortet für den Senat?

[Zuruf von der CDU: Wissenschaft!
Aber der will nicht!]

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rissmann! Ich bin die Senatorin, die André Holm zum Staatssekretär ernannt hat, nachdem der Senat einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte.

[Unruhe]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Meine Damen und Herren! Geben Sie der Senatorin die Möglichkeit zur Antwort, bitte!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Ich habe von Anfang an gesagt, und das gilt immer noch, dass wir eine einzelfallbezogene, differenzierte Gesamtbewertung vornehmen werden und dass ich nach Vorliegen einer Stellungnahme der Humboldt-Universität unter Berücksichtigung aller dann vorliegenden Informationen eine Entscheidungsempfehlung geben werde.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Weitere Rückfragen sehe ich nicht. – Doch, Herr Rissmann, bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Teilt der Senat von Berlin meine Auffassung, dass für die Rechts- und Fachaufsicht der Humboldt-Universität zu

(Sven Rissmann)

Berlin nicht die Senatorin Lompscher, sondern der Regierende Bürgermeister Müller zuständig ist?

[Zuruf von der LINKEN: Dann müssen Sie anders fragen!]

Und wenn der Senat von Berlin diese Auffassung teilt, frage ich den Senat darüber hinaus, ob er davon überzeugt ist, dass der Staatssekretär Holm jederzeit Gewähr dafür bietet, sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne unseres Grundgesetzes einzusetzen, und wie in diesem Zusammenhang die Feststellung des Bundesgerichtshofes bewertet wird, dass an der linksextremistischen Einstellung dieses Staatssekretärs kein Zweifel bestehe.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Rissmann! Es ist richtig. Die Rechtsaufsicht für die Humboldt-Universität bin ich in meiner Eigenschaft als Wissenschaftssenator. Danach haben Sie gerade gefragt. Darüber hinaus haben Sie noch mehrere andere Fragen gestellt. Dazu haben wir uns verhalten, sowohl im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung als auch durch die Antwort von Frau Lompscher. Wir sind in einem Prüfungsverfahren, und das wird abgeschlossen. Dann werden wir sehen, wie wir mit dieser Personalie umgehen.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Es gibt eine weitere Rückfrage von Herrn Melzer. – Bitte schön!

Heiko Melzer (CDU):

Herr Regierender Bürgermeister! Sie haben jetzt nicht auf die Frage geantwortet, wie Sie zu den Formulierungen des Bundesgerichtshofes stehen, dass es eine klar links-extremistische Einstellung gibt. Deswegen hier noch einmal die klare Frage: Wie stehen Sie dazu? Diese Frage können Sie gerne mit Ja oder Nein beantworten. Klarheit ist vonnöten.

[Unruhe]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Melzer! Genau Ihre Frage ist überhaupt nicht mit Ja oder Nein zu beantworten!

[Heiko Melzer (CDU): Aber die davor!]

Aber das können Sie gerne im Protokoll nachlesen!

Noch einmal: Es bleibt dabei; wir befinden uns im Moment in einem Prüfungsverfahren, das durch die HU durchgeführt wird. Selbstverständlich wird es danach auch eine entsprechende Rückkoppelung geben, wie wir die Prüfungsergebnisse bewerten. Sie können sicher sein, dass das ein völlig neutrales und unabhängiges Prüfungsverfahren ist, welches da gerade durchgeführt wird.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sind nicht mehr möglich.

Wir kommen zu dritten Frage durch die Fraktion Die Linke, und hier hat Frau Fuchs das Wort. – Bitte schön!

Stefanie Fuchs (LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage den Senat: Wie ist der Stand der Dinge bei der Zur-Verfügung-Stellung neuer Plätze für die Kältehilfe?

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Wer antwortet für den Senat? – Frau Senatorin Breitenbach – bitte schön, Sie haben das Wort!

Senatorin Elke Breitenbach (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Der Stand der Dinge ist schwierig. Ich will erläutern, warum der Stand der Dinge etwas schwierig ist. Ich fange damit an, erst einmal zu sagen, wie sich die Anzahl der Plätze bei der Kältehilfe seit November 2016 entwickelt hat. Wir hatten im November um die 550 Notschlafplätze in der Kältehilfe. Im Dezember kamen weitere dazu, sodass es dann 686 waren. Im Januar wurden noch mal weitere Notschlafplätze geschaffen, sodass wir ab Mitte des Monats 820 Plätze haben werden. Und weil es in der letzten Legislaturperiode in diesem Hause auch immer wieder diskutiert wurde und für uns auch ein großes Problem war, möchte ich sagen, dass es jetzt auch endlich gelungen ist, dass der Sozialdienst der katholischen Frauen die ganzjährige Notübernachtung für Frauen mit 10 Plätzen eröffnet. Diese Plätze sind in die 820 Plätze eingerechnet.

Wie Sie wissen, steht in der Koalitionsvereinbarung, dass wir 1 000 Plätze erreichen werden. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass wir die Bereitstellung dieser 1 000 Plätze auch schaffen. Und ich sage an dieser Stelle: Das ist schwieriger, als ich mir das vorgestellt habe. Es scheitert nicht am Geld – um das mal deutlich zu sagen –, sondern es scheitert daran, dass es ausgesprochen schwierig ist, entsprechende Immobilien zu finden. Und wenn man Immobilien gefunden hat – was uns dann ir-